

lischer Seite wiedergegeben: P. Dejaifves Aufsatz über Papsttum und Sobornost, d. h. das oberste Lehramt in der katholischen und der orthodoxen Kirche, in der „Nouvelle Revue Théologique“, April und Mai 1952 (vgl. Herder-Korrespondenz 7. Jhg., S. 80—84). P. Congar sieht auf Grund historischer Untersuchungen zur Ausübung des Primates im Lauf der Geschichte den theoretischen Ansatzpunkt für ein Gespräch über diese Frage in der dreifachen Dimension des päpstlichen Primates. Der Papst übt auf andere Weise sein Amt als Bischof von Rom, als Patriarch des Abendlandes und als Nachfolger Petri in der Leitung der Gesamtkirche aus. Daß der christliche Osten sich solchen Gedanken öffnen könnte, das liegt wohl noch in weiter Ferne. Und das hat, wie Congar sagt, nicht zuletzt seinen Grund in folgender Eigenart des östlichen ekklesiologischen Denkens: „Der Osten interessiert sich für die lokalen Kirchen und die unmittelbare Erfah-

ung, die man davon besitzt, in ihnen zu leben. Er ist auf den mystischen und sakramentalen Aspekt des kirchlichen Lebens konzentriert und hat die Erwägung der gesellschaftlichen und jurisdiktionellen Verflechtungen der Kirche nur im Bereich ihres ökumenischen Lebens entwickeln können. Er hat daher eine Ekklesiologie der universalen Kirche kaum realisiert. Diese jedoch existiert *auch* und besitzt von Gott her ihre Struktur als universale Kirche.“ Die beiden Aspekte der Ekklesiologie sind, weil es sich um zwei Aspekte einer Wahrheit handelt, theoretisch nicht absolute Gegensätze, sondern wenigstens potentiell Pole einer Spannung. Aber in dieser Frage spielt die Entfremdung zwischen Osten und Westen, die schon alle anderen Fragen belastet, ihre entscheidende Rolle. Dennoch müssen wir die Hoffnung hegen, daß auch der kleinste Schritt zu gegenseitigem Verständnis auf die Dauer nicht umsonst getan sein wird.

Fragen des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens

Ungarn und die Welt

Mit Ingrimm und Bangen blickt die Welt auf die Orgien des sowjetischen Machtrausches in Ungarn, auf die zynischen Mienen der Kremlbeherrscher und auf die ratlosen und ohnmächtigen Deklarationen der Vereinten Nationen. Immer grimmiger und banger wird die Frage gestellt, ob denn den Sowjets alles erlaubt sei. „Der Terror, der über Ungarn hereingebrochen ist, mißachtet fast jeden Artikel der Erklärung der Menschenrechte“, erklärte Präsident Eisenhower in seiner Botschaft zum „Tag der Menschenrechte“ (dpa, 10. 12. 56). Aber in ihnen verletzt ein Mitgliedsstaat der UN zugleich auch das völkerrechtliche Grundstatut dieser Vereinigung. Und diese hat sich zwar stark gemacht gegenüber England und Frankreich, aber sie zeigt sich ohnmächtig gegenüber der Sowjetunion, „weil man wußte, daß die Demokratien sich fügen, die rote Diktatur aber jede ‚Einmischung‘ abweisen werde. Man hat also vor der physischen Gewalt praktisch kapituliert“ („Wort und Wahrheit“, Januar 1957). „Was ist das für eine internationale Moral, bei der der gute Demokrat immer verliert und der Diktator immer gewinnt?“ Diese Frage des französischen Ministerpräsidenten Mollet drückt die zornige Scham aus, die die Freie Welt über ihre Ohnmacht empfindet. Mit ihr verbindet sich ein banges Gefühl. „Die Panzer, die heute bei Nickelsdorf stehen“, schreibt der aus Ungarn zurückgekehrte Abgeordnete Prinz zu Löwenstein („Rheinischer Merkur“, 30. 11. 56), „können morgen westwärts rollen. Dagegen helfen keine Beschwichtigung und kein Wirtschaftswunder.“ Auch der „Osservatore Romano“ (24. 11. 56) drückt seine Erschütterung darüber aus, daß die Sowjets in Ungarn das feierlich geächtete Verbrechen des Völkermordes begehen und daß ihre Vertreter gleichzeitig mit den übrigen Nationen am Tische sitzen dürfen. Das könne doch nur zur Folge haben, daß sie in Zukunft noch weniger moralische Hemmungen und Respekt vor der Menschheit zeigen werden, wenn das überhaupt möglich ist.

Die Möglichkeiten einer Initiative der Freien Welt

In einem Vortrag vor dem Orden vom Heiligen Grabe am 8. Dezember 1956 in Köln führte Karlheinz Schmidt-

hüs das Versagen der Welt gegenüber der brutalen Macht auf die Ansicht oder das Gefühl zurück, die Niederwerfung des ungarischen Freiheitskampfes durch die Russen hätte vom Westen her nur militärisch verhindert werden können und dann wohl den dritten Weltkrieg ausgelöst. Dazu sagte er: „In Wirklichkeit haben aber die Mächte, unter denen eine Übereinstimmung über wenigstens einige Prinzipien des Rechtes und der Gerechtigkeit besteht, ihre wahre Macht gar nicht eingesetzt. Das ist nicht allein kriegerische Macht. Ihre wahre Stärke besteht in ihrem kulturellen, technischen und wirtschaftlichen Potential. Die Ungarn exerzieren gerade heute, nachdem ihr Freiheitskampf zunächst unterdrückt worden ist, der Welt vor, wie der kommunistischen Gewalt begegnet werden kann: durch radikale Verweigerung der Koexistenz. Was anders bedeuten ihr Generalstreik, ihre Schweigemärsche, ihre passive Nichtanerkennung der von den Russen eingesetzten Regierung, ihre Ignorierung der russischen Panzer und Soldaten als eben dieses: die radikale Verweigerung der Koexistenz. Wir können gar nicht ermessen, was es sie an Opfern kostet, diese Form des Widerstandes durchzuhalten. Auch uns würde die Verweigerung der technischen, wirtschaftlichen, kulturellen und diplomatischen Koexistenz, der Abbruch aller, selbst der sportlichen und menschlichen Beziehungen zu Rußland gewisse Opfer kosten. Die Reihen der Völker der Freien Welt müßten sich fester schließen, und schon das würde Verzicht auf mancherlei Interessen fordern. Bisher aber haben wir uns geweigert, diese Opfer zu bringen. Und das zerreißt die Freie Welt innerlich und schwächt sie nach außen. Man hat in letzter Zeit über die Politik der Stärke gespottet. Aber die der Freien Welt wirklich mögliche Politik der Stärke ist kaum im Konzept vorhanden. Die Sowjets würden sie vielleicht nicht sehr lange aushalten!“

Auch der „Rheinische Merkur“ (30. 11. 56) gibt dieser Ansicht Ausdruck: „Bedarf es denn angesichts des eines Lenin würdigen Blutbades in Ungarn noch weiterer Beweise? Worauf wartet die Freie Welt? Warum vertrösten sich die Vereinten Nationen mit Deklarationen?“ Das Blatt fordert für den Fall, daß der Kreml und seine ungarischen Exekutoren die UN weiter mißachten, den Abbruch aller Beziehungen aller freien Nationen zu Moskau

und die Verhängung einer Wirtschaftsblockade gegen die Sowjetunion.

Die Illusion der Koexistenz, auf die man im Westen Freiheit und Sicherheit begründen wollte, ist endgültig verfliegen, sagte Karlheinz Schmidhüs in Köln. „Die Worte des Papstes, daß es eine Koexistenz nur auf der Grundlage eines Minimums gemeinsamer moralischer Prinzipien gibt, daß es nur eine Koexistenz in der Wahrheit gibt, sind glänzend gerechtfertigt. Die Illusion, der Kommunismus sei nur eine etwas radikalere Spielart der großen sozialen und politischen Reformbewegungen der Neuzeit und werde einst irgendwie doch noch zur Freiheit führen, kann jetzt nicht mehr aufrechterhalten werden. Wer sie jetzt noch hat, kann nur noch als Schwindler oder Dummkopf angesehen werden von der Art derer, die Togliatti als ‚nützliche Dummköpfe‘ charakterisiert hat. Die Russen sind in Ungarn mit der Begründung eingerückt, die Errungenschaften des sozialistischen Aufbaus seien in Gefahr und müßten durch sie verteidigt werden. Unter dieser Parole haben sie Tod und Schrecken verbreitet . . . Wir wissen jetzt, was diese Parole bedeutet: die Aufrechterhaltung der kommunistischen Gewaltherrschaft um jeden Preis und gegen jeden entgegengesetzten Willen.“

Der Erweis der Solidarität mit Ungarn und der unbeugsamen Entschlossenheit, dem Sowjetterror Einhalt zu gebieten, verlangt von den freien Völkern ein hohes Maß sittlicher Entschlossenheit. Leider aber gibt es auch Anzeichen für eine moralische Indolenz, die sich zwar mit Entrüstung äußert, insgeheim aber froh ist, wenn wir noch einmal davonkommen, die also zufrieden damit wäre, daß die Sowjets den westlichen Völkern weiterhin gestatten würden, in Ohnmacht neben ihnen dahinzubestehen. Diese Indolenz ist verständlich, aber in Wirklichkeit der Abwehrhaltung des Vogels Strauß vergleichbar.

Die Verleumdungen gegen Kardinal Mindszenty

Gleichgültigkeit gegenüber der Sache der Gerechtigkeit und dem Mord an einem Volk, das den Tod der Sklaverei vorgezogen hat, wird aber empörend, wenn sie sich zu guten Ratschlägen oder sogar zu Anklagen gegen diejenigen hinreißen läßt, die die Sache der Freiheit in Ungarn vertreten. Ein trauriges Dokument dieser Art ist der bekannte Brief des Beauftragten der evangelischen Kirche bei der Regierung der Sowjetzone, Propst Dr. Heinrich Grüber, an die Zeitschrift „Der Spiegel“. Darin stehen die Sätze: „Wenn die Ereignisse in Ungarn auch noch kein klares Urteil ermöglichen über Schuld und politische Notwendigkeit, so steht doch eines fest, daß Mindszenty die größte Schuld an dem Blutvergießen trägt und daß, wenn er zum Zuge gekommen wäre, nicht nur die Menschen, die wähen, um Freiheit zu kämpfen, sondern alle die, die ihnen ihre Sympathie bekunden, aufs tiefste enttäuscht sein würden. Mindszenty ist der machthungrige Intrigant, der vor keinem Mittel zurückschreckt, aber sich immer geschickt im Hintergrund hält . . . Seine unheilvolle Rolle bei der Radikalisierung des Aufstandes und der Verhärterung der Situation wird wohl noch aufgeklärt werden“ (Zitat nach KNA, Nr. 269 vom 17. 11. 56). Dankenswerterweise hat der evangelische Bischof von Berlin, D. Dibelius, zu dieser Äußerung Grubers erklärt, daß es sich nicht um eine Stellungnahme der evangelischen Kirche handle, sondern um die private Ansicht von Propst Grü-

ber. Auch andere evangelische Organe haben sich von Grüber distanziert. Die „Junge Stimme“ der evangelischen Jugend schreibt, es sei grotesk, vom gesicherten Schreibtisch aus den Freiheitskämpfern schulmeisterliche Zensuren zu erteilen und sich dabei auf das Wort Jesu zu berufen, mit dem er Petrus befahl, das Schwert in die Scheide zu stecken.

Die katholische „Allgemeine Sonntagszeitung“ (25. 11. 56) kommt zu folgendem Urteil: „Der Brief des evangelischen Propstes beweist eines: wie weit die Verwirrung der Geister hierzulande schon gediehen ist. Danach sind nicht mehr die bolschewistischen Eroberer, die Freiheit und Selbstbestimmung mit Panzern totwalzen, schuldig. Schuldig ist der Kardinal und schuldig mit ihm alle, die weder mit dem Stalinismus noch mit dem Nationalkommunismus zufrieden sind, sondern — pfui, wie garstig! — frei sein wollen.“ Das Berliner „Petrusblatt“ (25. 11. 56) schreibt: „Die Juden, denen Mindszenty das Leben rettete, werden ebenso gegen Propst Grüber zeugen wie jener evangelische Student, der nach seiner Flucht erklärte, Mindszenty sei das Symbol der Freiheit seines ganzen Volkes gewesen, jenseits jeder Grenzen von Konfession und Weltanschauung.“

Der „Osservatore Romano“ (2. 12. 56) hat sich ruhig und sachlich mit den übelwollenden Äußerungen gegen den ungarischen Kardinal auseinandergesetzt. Sie bilden, wie das vatikanische Blatt schreibt, das Echo zu den Anschuldigungen, die Kadar gegen Kardinal Mindszenty erhoben hat. Der Kardinal wird angegriffen, weil er an die Grundsätze der Demokratie appelliert hat. Seine Rede (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 133) mit dem Verhalten von Kardinal Wyszyński zu vergleichen, ist abwegig, da die Verhältnisse in den beiden Ländern völlig verschieden waren. Der Primas von Polen wurde durch eine polnische Regierung befreit, und zwar zu einem Zeitpunkt, als er durch seinen Einfluß eine gespannte Lage gerade noch meistern und einen blutigen Aufstand verhindern konnte. Kardinal Mindszenty dagegen wurde von den Aufständischen im Augenblick ihres Sieges befreit, und es waren nicht die Aufständischen, die dann von neuem zuerst zu den Waffen gegriffen haben. Die Ungarn hatten im Gegensatz zu der Regierung Gomulkas die Sowjetherrschaft ganz und gar abgeschüttelt; ihre Ideologie und Organisation in Ungarn waren zusammengebrochen. Der ungarische Aufstand ist nicht ausgebrochen, weil der Kardinal befreit wurde, sondern er wurde befreit, weil der Aufstand gesiegt hatte. Mindszenty, so sagt der „Osservatore Romano“, hat es auch nicht nötig, Belehrungen über Mut und würdevolles Verhalten entgegenzunehmen. Der Vorwurf, daß der Fürstprimas eine politische Restauration oder die Rückgängigmachung der Bodenreform angestrebt habe, sei aus der Luft gegriffen.

Auch die Führerin der ungarischen Sozialisten, Frau Anna Kethly, hat auf einer Pressekonferenz in Brüssel bestätigt: „Der Kardinal hat bei der Vorbereitung der Volkserhebung überhaupt keine Rolle gespielt, da er ja gefangen war. Seine Befreiung erfolgte im Zuge der Revolution. Nach seiner Befreiung ließ in seiner politischen Haltung gar nichts darauf schließen, daß er eine Gegenrevolution geplant hätte. In seinen Erklärungen fand sich nichts, was demokratischen Prinzipien zuwider wäre oder als Beweis ausgelegt werden könnte, der Kardinal hätte nach der Wiedererrichtung des Systems Horthy getrachtet.“

Gegenüber den Verdächtigungen und Anschuldigungen, die gegen Kardinal Mindszenty und seine Rolle im ungarischen Freiheitskampf erhoben worden sind, ist es von höchster Wichtigkeit, das Interview zur Kenntnis zu nehmen, das er am 4. November um 6 Uhr morgens dem amerikanischen Journalisten Leslie Balogh Bain gewährte und das in der „Süddeutschen Zeitung“ (8./9. 12. 56) wiedergegeben wurde. Darin hat der Kardinal erklärt, daß er nach seiner Befreiung und Rückkehr nach Budapest gar keine Zeit fand, sich der Situation anzupassen, geschweige denn sich ein Urteil darüber zu bilden. Es war ihm nur klar, daß die Regierung Nagy besser war als die vorhergegangenen, weil ihre Politik der Entwicklung aufgeschlossen war, weil sie Neutralität proklamierte, freie Wahlen versprach, den Abzug der Russen forderte und den Wünschen des Volkes entgegenkam.

Diejenigen, die über die geheimen Absichten Mindszentys Spekulationen geäußert haben, sollten sich vergegenwärtigen, wie genau diese Darstellung des Kardinals der turbulenten Situation entspricht, die er in Budapest vorfand. Man wundert sich, woher wohl solche Informationen stammen mögen wie die, die Zyrill Boldirev in der „Orientierung“ (30. 11. 56) veröffentlicht, wenn er schreibt: Kardinal Mindszenty „strebte zweifellos [!] die Rückkehr zur legitimen, konstitutionellen Monarchie an, zu einer parlamentarischen Demokratie, mit der sich Kommunisten (auch titoistischer Prägung) nicht zu befreunden vermochten“. Bain berichtet übrigens, wie empört der Kardinal sich bei diesem Interview gegenüber den von den Sowjets verbreiteten Anschuldigungen zeigte, er arbeite mit reaktionären Kräften und Faschisten zusammen. „Es war nie eine Frage, daß das Regime, wie es vor dem Kriege bestand, nicht wiederkehren dürfe.“ Es erweist sich demnach als eine Tatsache, die übrigens angesichts der Verhältnisse jener Tage eine Binsenwahrheit ist, daß der Kardinal weder Zeit noch die Möglichkeit hatte, ein politisches Zukunftsprogramm zu entwerfen, daß er also in seiner Rede (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 133) nur die Grundsätze der christlichen Soziallehre verkündigt hat, wie das sein Recht und unter den gegebenen Umständen seine Pflicht war.

Bain hat übrigens auch die hämischen Mutmaßungen widerlegt, die über die Flucht des Kardinals in die amerikanische Gesandtschaft verbreitet worden sind. Er ist den Geheimpolizisten, die ihn mit Unterstützung der sowjetischen Panzer verfolgten, um Minutenlänge zuvorgekommen. Die Flucht spielte sich, wie Bain im einzelnen schildert, unter den erregendsten Umständen ab.

Der Kardinal hat dem amerikanischen Journalisten, den er übrigens seit langem kannte, auch von den furchtbaren Jahren seiner Gefangenschaft erzählt und von den Folterungen, denen er unterworfen wurde. Sie sind zum Teil einfach teuflisch gewesen. Kardinal Mindszenty hat bekanntgegeben, daß er der Welt die Geschichte seines Prozesses mitteilen werde. Die an diese Mitteilung geknüpften Verdächtigungen wegen eines Honorars sind inzwischen dahin richtiggestellt worden, daß dieses Honorar für die katholische Kirche Ungarns verwendet werden sollte (vgl. dagegen folgende Seite, oben).

Was Bain in seinem Interview von den Folterungen erfahren hat, denen Mindszenty vor allem in dem neunundzwanzig Tage und Nächten währenden Verhör zur Erpressung seiner Geständnisse unterworfen wurde, ist er-

schütternd. Zwar waren es keine Drogen, dafür aber körperliche und seelische Grausamkeiten, die jeder Beschreibung spotten. Es ist nur ein schwacher Auszug von dem, was Bain erfahren hat, den wir hier wiedergeben. Es handelt sich dabei um ein Interview des damaligen Zeremoniärs Bela Ispanki mit der Mailänder Zeitung „Italia“:

„Nie im Leben wird einer von uns die schrecklichen 70 Tage vergessen, die wir mit dem Kardinal in den Kellerräumen Nr. 21, 22 und 23 des Sitzes des Staatssicherheitsdienstes ‚AVO‘ in der Andreasstraße Nr. 60 in Budapest zu verbringen hatten. Nach unserer Einlieferung bekamen wir täglich einmal eine Wassersuppe und ein Stück Brot. Vier Wochen lang durften wir kein Auge schließen. Tagsüber waren wir Folterungen ausgesetzt, und des nachts begannen die Verhöre, die erst bei Morgengrauen abgebrochen wurden. Alles war darauf abgezielt, Geständnisse zu erpressen, um eine Bestätigung unserer Mitarbeit am ‚vaticanischen Spionagenetz‘ und mit den kapitalistischen Ländern zu erhalten.

Der Raum Nr. 21 war dem Sicherheitsbeamten Lusztig unterstellt, der die Untersuchung leitete, Nr. 22 war der Geständnisraum und Nr. 23 die Folterkammer. Die von Lusztig angewandten Methoden der Verhöre wurden unterbrochen von Hieben auf die Fußsohlen und die Handflächen mit einem Gummischlauch, so daß man anderntags weder stehen noch die Hände bewegen konnte. Wenn die unsagbaren Schmerzen ein weiteres Verhör unmöglich machten, wurden einem die Hände mit den Füßen durch eine Kette zusammengekoppelt. Dabei verlor man öfters das Bewußtsein. Der Kardinal ist der gleichen Tortur unterzogen worden. In einem Augenblick, als Lusztig mich gefesselt meinem Schicksal überließ, hörte ich im Nebenraum Nr. 22 die schwache Stimme des Kardinals, der vom Sicherheitsbeamten Toldy bearbeitet wurde. Der Kardinal wiederholte mechanisch alles, was ihm dieser vorsagte, so daß ich den Eindruck gewann, daß er nicht mehr Herr seiner selbst war. Noch deutlich erinnere ich mich der Worte: ‚Im Monat September 1946, als ich . . .‘ In diesem Augenblick kehrte Lusztig zurück, und ich konnte das weitere nicht mehr hören. Ich war überzeugt, daß der Kardinal einer Art Elektroschock ausgesetzt war, denn am nächsten Tag, als ich mich in diesem Raum befand, sah ich einen eisernen Schrank mit einem Kabel.

Im Raum Nr. 23 dagegen wurde man auf ein fahrbares Gestell gebunden, splinternackt, den Kopf nach unten, die Hände mit einer Kette gefesselt, die sich automatisch durch eine mechanische Anlage nach oben und unten bewegte. Wenn man trotz der unsagbaren Schmerzen kein Geständnis ablegte, wurde man mit einem Gummischlauch blutig geschlagen. Wenn man bewußtlos wurde, wurde man mit eiskaltem Wasser übergossen, während das Blut und die Exkremamente durch einen unter dem Gestell befindlichen Kanal abflossen. Nach einem Tag dieser schrecklichen Torturen war man vollkommen willenlos, und erst am zweiten Tag, als man das Selbstgeständnis unterschreiben sollte, widerrief man, und dann begann die Tortur von neuem. Zum Schluß waren wir völlig gefügige Werkzeuge in der Hand der Sicherheitsbeamten, die ihre Aufgabe als gelöst betrachteten.“

Die Lage der Kirche

Über das gegenwärtige Leben des Kardinals, der sich immer noch in der amerikanischen Gesandtschaft befindet,

hat Russel Jones, der als letzter ausgewiesene amerikanische United-Press-Korrespondent in Budapest, einiges mitgeteilt („Rhein-Neckar-Zeitung“, 11. 12. 56 ff.). Kardinal Mindszenty ist nach den Bestimmungen des Asylrechtes hermetisch von der Außenwelt abgeschnitten oder vielmehr nur noch durch ein Radio-Empfangsgerät mit ihr verbunden. Er darf weder Besuch noch Briefe empfangen oder absenden. Selbst Besuche von Gesandtschaftsangehörigen bei ihm unterliegen strenger Kontrolle. Der Kardinal bewohnt ein Arbeitszimmer des Gesandten und beschäftigt sich mit Gebet, Lektüre und der Arbeit an seinen Erinnerungen. Jones bestreitet jedoch, daß er bereits Vereinbarungen über deren Veröffentlichung getroffen habe. Die Memoiren könnten in jedem Fall erst veröffentlicht werden, wenn der Kardinal die Gesandtschaft verlassen hat. Ob die Gesandtschaft ihm auch dann Schutz gewähren könnte, wenn die Kadar-Regierung seine Auslieferung verlangte, das ist nach Jones rechtlich zweifelhaft. Man vermutet aber, daß ein Auslieferungsbegehren vorläufig nicht gestellt werden wird, da es die Lange in Ungarn für die Regierung nur erschweren könnte.

Über die Lage der Kirche seit dem Beginn der Unterdrückung durch die Sowjets liegen authentische Nachrichten nicht vor. Aus einer gut unterrichteten Quelle in Wien erfahren wir, daß die Bischöfe bis zum Beginn des ungarischen Freiheitskampfes am 23. Oktober durch Vertrauensleute der Polizei an jeder selbständigen Tätigkeit gehindert waren. Die Diözesen wurden allein von den Generalvikaren geleitet, die sämtlich zur Gruppe der „Friedenspriester“ gehörten. Auch sie hatten nur die Anweisungen der Regierung und Partei auszuführen.

Eine sehr wichtige Rolle spielten die mehr als 5000 Ordensleute und Geistlichen, die ihren Priesterberuf nicht mehr ausüben durften und deshalb als Arbeiter in den Fabriken ihr Brot verdienen mußten. Sie wirkten ähnlich wie die französischen Arbeiterpriester. Ohne sich als Priester erkennbar zu machen und religiöse oder gar politische Propaganda zu treiben, erwarben sie sich durch ihre Intelligenz, Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft eine natürliche Autorität unter ihren Arbeitskameraden und übten auf diese Weise eine indirekte Mission aus.

Seit dem 4. November ist nur eine einzige katholische kirchliche Äußerung aus Ungarn nach Westeuropa gedrungen. Erzbischof Grösz von Kalocsa sagte nach einem Bericht von „La Croix“ (4. 12. 56) am 1. Dezember in einer Ansprache über Radio Budapest: „Die blutigen Kämpfe haben die Nation zusammengeschiedet. Bewahren wir diese Einheit. Schenken wir, die einen den andern, unsere Liebe, beten wir und arbeiten wir. Wir wissen, daß das Schicksal der Völker in Gottes Händen ruht. Wir bitten den Allmächtigen und die heilige Jungfrau, die Patronin von Ungarn, uns nicht zu vergessen. Möge Gott einen Blick voll Mitleid auf die Leiden unseres Volkes richten.“ Die ungarische Kirche und Geistlichkeit teilen Schicksal und Leiden des Volkes, die von Tag zu Tag furchtbarer werden. Nur wenige Geistliche haben mit den Flüchtlingen die Heimat verlassen. Weit mehr sollen nach Flüchtlingsberichten das Los der Deportierten teilen.

Zusammenbruch des Kommunismus?

Wie Erzbischof Grösz im Budapester Radio gesagt hat und wie es die Ereignisse in Ungarn jeden Tag von neuem der Welt beweisen, haben die blutigen Kämpfe das ungarische Volk zusammengeschiedet. Der Korre-

spondent der „New York Herald Tribune“, Barret McGurn, berichtete seinem Blatt, „daß es heute angesichts der Erlebnisse der vergangenen zehn Jahre und der letzten Wochen im ganzen Land kaum mehr eine Handvoll ungarischer Kommunisten gibt“ („The New York Herald Tribune“, 20. 11. 56). Am Morgen des 5. November 1956 hieß es in einem ungarischen Sender: „Was immer das Schicksal unseres Landes sein möge, wir werden den Kampf nicht aufgeben... Wer mit der Besatzungsmacht der Kolonialherren zusammenarbeitet, gleichgültig ob unter dem Deckmantel einer Partei oder sonstwie, ist nicht nur ein Verräter an Ungarn, sondern am Kommunismus, und wir werden gegen ihn kämpfen. Genossen, der Platz eines jeden anständigen ungarischen Kommunisten ist auf den Barrikaden.“ Dieser Aufruf enthüllt, wie „The New York Times“ (5. 11. 56) mit Recht feststellt, „den ungeheuren Zynismus der sowjetischen Behauptungen, die ungarischen Patrioten seien faschistische Konterrevolutionäre“. Inzwischen hat der mutige Widerstand der Arbeiterräte gegen die Sowjets und Kadar von neuem gezeigt, daß niemand sich so erbittert gegen die kommunistischen Gewaltherrscher zur Wehr setzt wie gerade die Arbeiter, deren Wohl angeblich das höchste Ziel des Kommunismus ist und die er als seine treuesten Gefolgsleute ausgab. Sartre, bisher ein prominenter Freund der Sowjetunion, gab in einem Interview mit der Pariser Zeitung „L'Express“ am 9. November 1956 zu: „Die Lektion, die uns das ungarische Volk mit seinem Blut erteilt hat, betrifft den völligen Bankrott des Sozialismus in der aus der Sowjetunion importierten Form.“

Die Gedankenwelt der jugendlichen Freiheitskämpfer

Die Erhebung der ungarischen Jugend, der studentischen wie der werktätigen, die schließlich das ganze Volk mitriß, beweist, daß die ideologische Erziehung des Kommunismus gegenüber der ungarischen Jugend versagt hat. Man hat bei den Flüchtlingen nach den Impulsen gefragt, die den ungarischen Freiheitskampf hervorgerufen haben und tragen. Obwohl diese Enqueten noch sorgfältig verarbeitet werden müssen, scheint sich doch folgendes Ergebnis abzuzeichnen: Bei vielen der Freiheitskämpfer liegt keine reflexive, vielleicht nicht einmal eine bewußte oder entschiedene Abwendung von den Lehren des sogenannten sozialistischen Aufbaus oder Fortschritts vor, keine neue oder eigene soziale oder politische Vorstellung oder gar Lehre. Die meisten sind, was ihr Denken betrifft, auch heute noch in sozialistischen Denkschemata befangen. Wie sollte es auch anders sein?

Der Impuls zur Erhebung der Jugend lag also in einer revolutionären Abneigung gegen die erdrückende, monotone, zentralistische Unmenschlichkeit dieses Systems, die gefühlsmäßig erlebte Selbstentfremdung, der sowohl die Nation als ganze wie jeder einzelne durch den kommunistischen Apparat unterworfen wurde. Wenn es positive Zielvorstellungen gab, dann lagen sie in der Richtung, daß dieser Moloch des Kollektivismus abgelöst werden müsse durch eine gegliederte Gesellschaft, in der es wieder deutlich sichtbare persönliche Verantwortung geben sollte. Es waren also Urgründe wirklicher menschlicher Gemeinschaftssehnsucht und Persönlichkeitsempfindung, die hier aufbrachen. Die Freiheit, unter deren Zeichen das Volk aufstand, wurde empfunden als Wille zur Verantwortlichkeit des einzelnen und zu einer gegliederten Gesellschaft. Insofern mag es richtig sein, daß es in Ungarn

keine Kommunisten mehr gibt, ausgenommen diejenigen, die jetzt auf Kadars Seite ihre eigene Haut zu sichern suchen. Die Freiheitskämpfer, welches immer ihre Vorstellungen von einer Gesellschaftsordnung sein mögen, sind gegen die Entrechtung und Vernichtung des Menschen aufgestanden, die der innerste aller Wesenszüge des Kommunismus ist. Er ist in Ungarn an sich selbst zerbrochen.

Die Arbeiterräte — Gegner der „Arbeiter-Regierung“

Es gibt noch einen anderen Grund zu dieser Behauptung. Die Welt verfolgt mit Staunen und Bewunderung den Widerstand gerade der Arbeiterräte gegen das Regime Kadar. Eine Glosse in „Wort und Wahrheit“ (Januar 1957) weist darauf hin: Die Oktoberrevolution von 1917 stand unter der Devise: „Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten!“ Jetzt hat ein Regime, das von dieser Revolution seine Legitimation herleitet, die Arbeiterräte als destruktiv verboten. Das Räteprinzip bedroht also die kommunistische Ordnung? Das kann doch nur deshalb so sein, „weil aus der Diktatur des Proletariats längst die Diktatur eines Funktionär-Apparates über das Proletariat geworden ist“. Das revolutionäre Prinzip wird verworfen, wo und weil es gegen die inzwischen etablierte neue Macht wirksam werden könnte. Wenn also der Kommunismus vorgab, den Arbeitern die Freiheit zu bringen, dann zeigt sich heute die grausame Enthüllung dieser Fiktion.

Es ist also zutreffend, wenn Sartre von dem Bankrott des Sowjetkommunismus spricht, der sich in Ungarn darstellt und eine Lektion für die übrige Welt ist. In diesem Sinne äußert sich auch die „Neue Zürcher Zeitung“ (15. 11. 56):

„Zum ersten Mal ist es der Welt vollkommen klar geworden, daß in der trüben Mischung von kommunistischer Heilslehre, russischem Nationalismus und antiwestlichem Panslawismus, die der Bolschewismus darstellt, das Element der Macht und die Idee der Weltherrschaft den Vorrang vor allen geistigen, ideologischen Bestandteilen haben und die eigentliche Substanz des Sowjetkommunismus ausmachen.“ Angesichts dessen, was Rußland in Ungarn verbrochen hat, braucht es im Westen nicht mehr zu interessieren, welche Richtung im Kreml momentan oben oder unten ist, so meint das Schweizer Blatt. Im bolschewistischen Denkschema gibt es Revolutionen nur im Kapitalismus. Kommt so etwas innerhalb der östlichen Welt vor, dann handelt es sich um Faschisten, die im Namen des Sozialismus von der Sowjetmacht zerschmettert werden müssen. Und das um so mehr, wenn der russische Weltimperialismus sich dadurch bedroht fühlt.

Sowjetische Ratlosigkeit

Aber ist es wirklich nur die sowjetische Form des Kommunismus, über die das ungarische Volk sein Urteil gesprochen hat? Es schien doch nach dem 20. Parteikongress in Moskau, als hätte man im Kreml eingesehen, daß es notwendig sei, auf die nationalen Rechte der unterworfenen Völker Osteuropas etwas mehr Rücksicht zu nehmen. Allerdings hat Tito in seinen Enthüllungen über seine Gespräche in Jalta bestätigt, daß nur ein Teil der Kremlherrscher zu dieser Einsicht gelangt war. Es scheint, daß Moskau im Sommer 1956 bereit war, auch in Ungarn eine gewisse Demokratisierung einzuleiten. Es scheint sogar, daß Imre Nagy vom Kreml ausersehen war, sie

durchzuführen. In einer Betrachtung der Entwicklung in den „Schweizer Monatsheften“ (Dezember 1956) stellt Otto Rudolf Ließ die Verzögerung dieser Demokratisierung durch die Sowjets als die Hauptursache dafür hin, daß der ungarische Volksaufstand einen andern Weg nahm als der polnische. Eine widerspruchsvolle Personalpolitik in Ungarn und dann, in den entscheidenden Tagen zwischen dem 23. Oktober und dem 4. November, eine steigende Verwirrung und Unsicherheit sowohl bei der sowjetischen wie bei der ungarischen Führung hatten zur Folge, „daß die Regie den Drahtziehern einer beabsichtigten Scheinrevolution unter der Wucht des Volkzornes endgültig entglitt und zur Selbstliquidierung des kommunistischen Systems in Ungarn führte“. Dies war der Augenblick, in dem Kardinal Mindszenty seine Rede hielt, ein Augenblick, in dem Ungarn nicht nur den sowjetischen, sondern den Kommunismus überhaupt abgeschüttelt zu haben hoffte und sich wieder als freie Demokratie fühlte. Dieses war aber auch der Augenblick, als Tito in Besorgnis um die Auswirkungen des Freiheitskampfes auf sein eigenes Regime zu den Sowjets zurückschwenkte und diese den Terror ihrer Panzer entfesselten. Ihr Entschluß zur Anwendung von Gewalt war der Ausdruck dafür, daß der Kreml auf andere Weise die Befreiung Ungarns von jeder Art des Kommunismus nicht mehr zu verhindern wußte, die in der Erklärung der Neutralität Ungarns durch Nagy selbst von den Kommunisten nunmehr mitvollzogen wurde. Der oben erwähnte amerikanische Korrespondent Russel Jones hat die Vermutung aufgestellt, daß die Sowjets selbst in Verbindung mit Gerö den Aufstand des 23. Oktober entfacht hätten, um ihn auf der Stelle niederzuschlagen und als Vorwand für die Wiederherstellung eines stalinistischen Regimes zu benutzen. Sie hätten keinen andern Ausweg gewußt, der wachsenden Unzufriedenheit Herr zu werden. Zum Beweise führt Jones die Tatsache an, daß die russischen Truppen bereits vor Beginn der Demonstrationen auf Budapest in Marsch gesetzt wurden. Wenn diese Vermutung richtig ist, würde sie nur bestätigen, was vorhin gesagt wurde. Man wollte unter allen Umständen die Macht in der Hand behalten. Als man in Zweifel geriet, ob das bei fortschreitender Demokratisierung noch möglich sein würde, beschritt man den Weg der Gewalt.

Wie grotesk wirken in diesem Augenblick die Sätze, die Mikojan auf dem 20. Parteitag gesprochen hat: „Unsere Feinde behaupten . . ., daß wir für die Verbreitung des Kommunismus in der ganzen Welt durch Krieg seien und nur einstweilen nicht darauf vorbereitet seien und ein friedliches Nebeneinanderbestehen nur vorläufig wünschen, um dann nach guter Vorbereitung anzugreifen und den Kommunismus mit der Waffe in der Hand durchzusetzen . . . Das ist eine Verleumdung unserer Politik. Der Kommunismus braucht keinen Krieg, er ist gegen den Krieg, die Ideen des Kommunismus werden auch ohne Krieg siegen!“ Dieses Koexistenzgerede dürfte nun doch wohl wirklich von der ganzen Welt durchschaut werden, zumal der Angriff auf Ungarn mit so hinterhältigen Täuschungen des ungarischen Volkes und seiner Regierung eingeleitet wurde. Die Lehre dieser Tatsache besteht darin, daß Rußland wie jede Diktatur in einem Moment der Ratlosigkeit über die Folgen der eigenen Fehler einen Krieg beginnen kann, auch wenn er ein Abenteuer ist, und daß in der internationalen Politik jene Momente am gefährlichsten sind, in denen der Kreml unsicher wird,

wie er verhindern soll, daß seine Macht in irgendeinem Gebiet ernstlich gefährdet werden könnte. Wir werden also immer Seite an Seite mit der Gefahr leben.

Andererseits bewundert die Welt die Ausdauer, mit der die Ungarn, ganz auf sich selbst gestellt, für ihre Freiheit kämpfen. Je länger dieser Kampf in allen seinen Formen des Protestes, der Streiks, des passiven und des aktiven Widerstandes dauert, um so deutlicher treten seine tiefsten Motive hervor. Die entscheidenden Motive sind ideelle. Man kämpft, obgleich der Kampf mit jedem Tage die materielle Lage aller Bürger verzweifelter gestaltet und obgleich auf einen materiellen Sieg kaum mehr eine Hoffnung besteht. Der Kampf geht um die Wiederherstellung der Menschenrechte, zu denen freilich auch die Beseitigung der kommunistischen Arbeitssklaverei gehört. Die Tatsache, daß gerade diejenigen zu Trägern des Aufstandes wurden, die das kommunistische System besonders sorgfältig siebte, Studenten und Offiziere, die es bevorzugte und respektierte, Industriearbeiter und Angehörige der Intelligenz, kann in Rußland kaum unbeachtet bleiben. „Daß sich aus der Tradition eines Volkes nicht nur die Stücke bewahren lassen, die ins eigene Konzept passen, haben die Sowjets in der ungarischen Oktoberrevolution erfahren“, so schreibt die „Badische Zeitung“ (7. 11. 56). Vor dieser Tatsache stehen die Russen wiederum ratlos. Die Zeitschrift „The Tablet“ (17. 11. 56) knüpft daran die schwache Hoffnung, daß man im Kreml vielleicht doch eines Tages einsehen wird, daß es unmöglich ist, freiheitsliebende Völker auf die Dauer mit reinem Terror beherrschen zu wollen. Ist nicht, so fragt das Blatt, das Verhältnis zu Finnland für das russische Sicherheitsbedürfnis beruhigender, als es von nun an das Verhältnis zu Ungarn sein wird?

Die Frage der militärischen Verteidigung

Im Westen aber beginnt man zu erkennen, daß selbst eine sowjetische Militärmacht schon von einem einzigen kleinen und noch dazu fast waffenlosen Volk in einem Ausmaß gebunden wird, das niemand für möglich gehalten hätte. Man kann außerdem in Rechnung stellen, daß die übrigen unterjochten Völker, von Polen bis nach Bulgarien hin, wohl kaum anders als die Ungarn fühlen. Sie haben ja denn auch ihre Sympathie für Ungarn, soweit dies möglich ist, offen bekundet. So ist Rußlands westlicher Sicherheitsgürtel sehr fragwürdig geworden, falls es ihn als Basis eines Angriffs benutzt. Dann wird es aber auch wohl immer einleuchtender, daß die übrigen Länder Europas eine gemeinschaftliche Verteidigung gegenüber einem sowjetischen Angriff nicht als eine aussichtslose Sache betrachten dürfen. Möglicherweise wird dann ein solcher Angriff nicht stattfinden. „The Tablet“ fordert, daß der Westen nun die Lehre ziehen müsse, im Umgang mit Rußland in entscheidenden Augenblicken ein großes Risiko in Kauf zu nehmen, damit er nicht nach dem Beispiel der dreißiger Jahre, aus Scheu davor, schließlich in eine unausweichliche Alternative gerät.

Ungarn und der Weltkommunismus

Die erregende Wirkung des russischen Vorgehens in der gesamten Welt, nach und nach auch in der farbigen Welt, und nicht zuletzt innerhalb der kommunistischen Parteien außerhalb des russischen Machtbereichs, soll nur angedeutet werden. In England, Frankreich, Italien, Österreich hat die Brutalität des russischen Terrors der Partei-

treue zahlreicher Mitglieder, namentlich in den Kreisen der Intelligenz und der gewerkschaftlichen Arbeiterschaft, einen schweren Schlag versetzt. Der jugoslawische Parteideologe Kardelj hat, wie aus Radiomeldungen bekannt wird (9. 12. 56), gegen die Sowjets den Vorwurf erhoben, sie hätten durch ihr gewaltsames Vorgehen gegen ein anderes sozialistisches Volk die demokratische Idee des Kommunismus vor der Welt bloßgestellt und sich seiner Entartung schuldig gemacht. Hoffentlich wird die Welt noch eine weitergehende Lehre ziehen, die Otto Liß in den „Schweizer Monatsheften“ ausgesprochen hat: „Eine wesentliche Lehre des ungarischen Freiheitsaufstandes besteht auch in dem unwiderleglichen Nachweis, daß der sogenannte Nationalkommunismus das Helotentum einer Nation gegenüber Moskau keineswegs beseitigt. Imre Nagy und Janos Kadar wurden die Prototypen dafür, daß ein Nationalkommunist in jedem Zwist sich entweder blindlings für Moskau zu entscheiden hat oder bei erster Gelegenheit liquidiert wird. Am Prüfstein der ungarischen Ereignisse hat auch der Titoismus Jugoslawiens seine Werbewirkung verloren“ (Dezember 1956).

Die politische Aufgabe für die Freie Welt, die sich nunmehr stellt, besteht, wie besonders „The Tablet“ (17. 11. 56) eindrucksvoll hervorhebt, in der Stärkung der Macht der Vereinten Nationen und in der Beschleunigung der europäischen Einheit. „Die Welt wird in dauernder Krisis gehalten, zu großen Ausgaben für ganz unproduktive Rüstungen getrieben, gezwungen, in Waffen und Wachsamkeit zu leben wegen dieser Leute, einer kleinen Gruppe inmitten der Menschheit, während sonst die Aussichten des zwanzigsten Jahrhunderts so gut sein könnten und der Wohlstand, besonders in den unterentwickelten Ländern, sich heben könnte, wenn man die enormen Rüstungskosten, zumal der Amerikaner, zu einem großen Teil ihnen zukommen lassen könnte. Die Vereinten Nationen sind der Ort, wo man das begreifen sollte, und zwar so, daß die amerikanische und die afro-asiatischen Gruppen sich annähern.“

Hilfe für die Ungarn!

Ungarische Freiheitssender haben wiederholt die Botschaft ausgerichtet: „Wir wollen euch ein Beispiel geben.“ Dieses Beispiel ist unvergleichlich heroisch. Aber wir dürfen nie vergessen, mit wieviel namenlosem Leid es erkaufte ist. Am stärksten scheint die Stadt Budapest zu leiden. Viele tausend Wohnungen sind zerstört. Die Bevölkerung hungert und leidet an allem Notwendigen. Es gibt keine Kohlen und kein Holz. Vom 19. bis zum 22. November wurden in der Stadt 4 t Gemüse, 9 t Kartoffeln, 12 t Brot, 39 Stück Schlachtvieh angeliefert. Der tägliche Normalverbrauch aber ist 163 t Gemüse, 116 t Kartoffeln, 402 t Brot und 1620 Stück Schlachtvieh. Die diesjährige Ernte war unternormal. Viele Vorräte wurden durch die Kämpfe zerstört. Wieviel die Sowjets beschlagnahmt haben und immer noch rauben, weiß niemand. Ein Teil der Maisernte ist infolge der Revolution auf den Feldern geblieben. Ungarn steht vor einem furchtbaren Winter. Die Welt wird nicht nachlassen dürfen, wenigstens jenes Minimum an Menschlichkeit durchzusetzen, daß sie dem ungarischen Volk zu Hilfe kommen kann. Die Zahl der Flüchtlinge hatte bei Redaktionsschluß 153 000 erreicht, von denen etwas mehr als die Hälfte aus Österreich bereits in andere Länder weiterbefördert worden sind. Auch in Österreich sind die Wohlfahrts-

organisationen vieler Länder und das Internationale Rote Kreuz mit ihrer Hilfe zur Stelle. Deutschland hat nächst Großbritannien und der Schweiz die meisten Flüchtlinge aufgenommen, ehe die Vereinigten Staaten mit der Überführung der 21 000 Ungarn begannen, zu deren Aufnahme sie sich bereit erklärt haben. Die Geld- und Sachspenden der einzelnen Völker und ihrer Regierungen sind im Augenblick auch nicht ungefähr zu schätzen. Es kommt aber auch darauf nicht an.

Wichtiger ist es, daß die Flüchtlingsorganisation allmählich aus dem Stadium der Katastrophenhilfe in die Sorge für eine, wenn auch vorläufige, echte Eingliederung der ihrer Existenz beraubten Ungarn übergeht. Es besteht die Gefahr, daß ihr Schicksal den Erwägungen des Arbeitsmarktes untergeordnet werden könnte. In diesem Zusammenhang müssen zwei Forderungen genannt werden, die um der Menschenwürde willen soweit nur möglich zu berücksichtigen sind: Die erste besteht darin, daß die Familien nicht getrennt werden dürfen; die andere, kaum minder wichtige, daß den ungarischen Schülern, Studenten und Lehrlingen Gelegenheit geschaffen werden muß, ihre Berufsausbildung zu vollenden.

Das Interesse der öffentlichen Weltmeinung und das Herz der Menschen sind dem ungarischen Volk und seinen Flüchtlingen zugewandt. Die Bewährungsprobe christlicher und menschlicher Nächstenliebe und der Solidarität der Freien Welt mit Ungarn steht aber in der Hauptsache erst bevor. Wird sie bestanden werden?

Die Subsidiarität als Ordnungsprinzip der demokratischen Wohlfahrtspflege

Das für die Jahreshauptversammlung der Arbeitsgemeinschaft für Jugendpflege und Jugendfürsorge in der Bundesrepublik am 20./21. 9. 1956 in Bremen gewählte Thema, „Subsidiarität, ein Prüfstein der Demokratie“, deutet schon an, daß im Wohlfahrtsbereich der Bundesrepublik Spannungen zwischen behördlicher und freier Wohlfahrtspflege bestehen (vgl. Herder-Korrespondenz 8. Jhg., S. 243 ff., und 10. Jhg., S. 89 ff.). Sie zeigen sich vornehmlich darin, daß behördliche Kreise eine Monopolisierung der Wohlfahrtspflege in ihrem Bereich anstreben und dies mit ihrem finanziellen Übergewicht bereits in einem Maße verwirklicht haben, das die freie Wohlfahrtspflege mit großer Sorge erfüllt.

Professor Arthur Fridolin *Utz* OP, Freiburg (Schweiz), der zum Thema vorweg durch seine Veröffentlichung, „Formen und Grenzen des Subsidiaritätsprinzips“ (Kerle-Verlag, Heidelberg 1956), Stellung genommen hatte, hielt das erste Hauptreferat. Er sieht in der Subsidiarität ein Prinzip der Gesellschaftsordnung und deshalb nur in der Definition der Gesellschaft begründet. Subsidiarität ist eine Funktion der Gesellschaft, näherhin des Gemeinwohls, dessen Inhaltsbestimmung im demokratischen Staat an sich zur Erörterung steht, und erst hierbei ergibt sich dann die Gelegenheit, die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips in der modernen Demokratie zu untersuchen.

Utz sieht durchaus die unterschiedlichen Deutungsmöglichkeiten von Subsidiarität, etwa nach der mechanistischen Wirtschaftsauffassung des Liberalismus, bei der der Staat von vornherein nur dazu legitimiert sein kann, die Not, die etwa aus irgendwelchem wirtschaftlichem Mißgeschick entstanden ist, zu heilen, nicht aber berechtigt ist,

in den Ablauf des wirtschaftlichen Geschehens einzugreifen, oder Subsidiarität als primitive Formulierung der Privateigentumsordnung, die von der Vorstellung ausgeht, daß der Staat oder die Gesellschaft nur demjenigen helfen soll, der vorher seine eigenen Mittel erschöpft hat, eine Auffassung, die weithin in der Debatte um die deutsche Sozialreform verteidigt wird. *Ihr* hält *Utz* entgegen, daß die Privateigentumsordnung keine absolute ethisch-rechtliche Größe sei, vielmehr das Privateigentum unter der sinnvollen Verwirklichung des materiellen Gemeinwohls stehe. Vor allem will *Utz* nicht das Privateigentum schlechthin mit den Persönlichkeitsrechten des Einzelnen identifiziert sehen und hält es für möglich, daß in bestimmten Fällen aus Gründen der allgemeinen Wohlfahrt das Privateigentum rechtmäßig eingeschränkt oder aufgehoben sein könne, während das persönliche Recht immer noch bestehe, mit Selbstverantwortung am gemeinsamen Wohl mitzuarbeiten.

Die individualistische Gesellschaftsauffassung

Schließlich sieht *Utz* im Subsidiaritätsprinzip die Formulierung der Persönlichkeitsrechte des Menschen, und zwar von der rechtsphilosophischen Überlegung aus, daß der einzelne Mensch Träger von Persönlichkeitsrechten sei und hierbei das Subsidiaritätsprinzip die geeignete Formulierung einer Staats- und Gesellschaftsauffassung ausdrücke, welche die Persönlichkeitswürde des Menschen zum Kernpunkt ihrer Lehre mache. Von hier aus werde der Rahmen über das Privateigentum hinweg in den universalen Raum der Gesellschaft überhaupt gespannt. „Auf diesem Boden finden wir jenen Sinn der Subsidiarität, der auch als Prinzip und Axiom sich verteidigen läßt. Hierbei kommt es nun entscheidend darauf an, zwei an sich mögliche, aber völlig verschiedene rechtsphilosophische Richtungen zu unterscheiden:

- a) die individualistische, gewissermaßen atomistische Gesellschaftsauffassung,
- b) die organische Gesellschaftsauffassung, die im Grund auf die Ansicht der Polarität von Mensch und Gesellschaft hinausläuft.“

Nach der ersteren stellt sich die Gesellschaft als eine Fiktion dar gegenüber dem Menschen als einziger Persönlichkeit. Das Gesellschaftliche steht hier nie im Wesen des Menschen als ein integrierender Bestandteil vollendeter Persönlichkeit. Hier wird jener Solidarismus sichtbar, der das Gesellschaftliche nur in dem gegenseitigen Füreinander von Mensch zu Mensch, nicht aber in dem Miteinander aller für eine gemeinsame und so dem Einzelnen gewissermaßen übergeordnete Aufgabe sieht und die Subsidiarität nicht als ein Hilfeleistungsprinzip des gesellschaftlichen Ganzen zum Einzelnen oder zu Gruppen zu begreifen vermag. Hier ist Subsidiarität gleich Solidarität in Gegenseitigkeit, geprägt von der Privateigentumsordnung, ohne Anschluß an eine umfassendere Gesellschaftsauffassung.

Organische Gesellschaft und Subsidiarität

In der organischen Gesellschaftsauffassung, die den Menschen als soziales Wesen und damit die Ethik als eine Persons- und Sozialethik begreift, steht nach *Utz* der Mensch wesensmäßig in einer Funktion zum Gesellschaftsganzen, von woher die Vorstellung von der Teilfunktion und dem Bild des Organismus sich bildet. Immer bleibt der Mensch auch in seiner Teilfunktion Person, in einer dynamischen Ordnung, in welcher der Mensch seinem Ziel